

Inputreferat zum Baugesetz SP – Parteitag vom 26.8.09

Das vorliegende neue Baugesetz sollte eigentlich die wichtigen Rahmenbedingungen definieren, welche die schlechten Entwicklungen und Auswirkungen des bisherigen Gesetzes zugelassen oder gar angestossen hat und dies auch verbessern. An der ursprünglichen fortschrittlichen Vorlage des Regierungsrates hat nun aber der Grosse Rat, auch unter massiven Einfluss der Wirtschaftsverbänden und der Bau- und Autolobby, in zwei Gesetzeslesungen soviel Abstriche und Verschlechterungen vorgenommen, dass so den Zielen eines nachhaltigen Kantones nicht mehr entsprochen wird. Den wichtigen Bereichen wie der Zersiedelung der Landschaft, Bauen ausserhalb von Bauzonen, Verkehrsprobleme, Lärm, Luft- und Wasserverschmutzung wird das neue Baugesetz bei weitem nicht mehr gerecht. Auch auf die Veränderungen der heutigen Gesellschaftsstrukturen wird zuwenig eingegangen. Dem Artikel 75 der Bundesverfassung, welche den haushälterischen Umgang mit dem Boden festschreibt, wird viel zu wenig nachgelebt. So sollten zwar Parkieranlagen welche mehr als 1500m² umfassen in mehrgeschossiger Bauweise erstellen werden, was wir sehr unterstützen, dies jedoch nur, wenn sie der Verhältnismässigkeit entspricht, was das ganze wieder zum reinen Papiertiger werden lässt. Zudem ist auch hier zusätzlich noch eine Überschreitung der Parkfläche von bis zu 15% möglich. Ökologische Massnahmen finden praktisch keine Aufnahme im Baugesetz. Alle unsere Anträge zur Aufwertung und Verbesserung der Natur und Landschaft wurden abgelehnt. Sogar im Bereich der ökologischen Ausgleichsmassnahmen bei grösseren Bauvorhaben, wurden diese vom Grossen Rat auf noch höchstens 15% beschränkt. Die SVP und die FDP wollten diese Ausgleichsmassnahmen sogar auf lediglich 7% beschränken. Hier setzt man sich klar über den; *bestmöglichen Schutz für Wiederherstellung oder angemessenen Ersatz*, wie es im Natur- und Heimatschutzgesetz Artikel 18 ausgeführt wird, hinweg. Auch die Mehrwertabgabe, welche neu im Baugesetz hätte Eingang finden sollen, wurde zuerst von 30% auf 20% gekürzt um dann in zweiter Lesung vollständig aus dem Gesetz zu fallen. Bei so einem Fall,

steigt allein durch den staatlichen Akt der Einzonung von Bauland und ohne eigenes Tun, quasi über Nacht, der Wert eines Grundstückes. Das Bundesrecht (Art.5RPG) verpflichtet zwar hier die Kantone, Vor- und Nachteile, welche Nutzungsplanungen zur Folge haben auszugleichen. Auch die Bundesverfassung und unsere Kantonsverfassung schreiben fest, dass jeder nach seinen wirtschaftlichen Leistungen besteuert werden sollte. Aber dennoch wurde die Mehrwertabgabe ganz gestrichen und aus dem Gesetz entfernt. Dies wäre jedoch ein Erfolgsmodell für die Gemeinden geworden. Mit einer Mehrwertabgabe von 20% hätten diese ihre Raumentwicklung besser steuern und auch ihre Bau- und Planungsabsichten besser koordinieren und umsetzen können. Damit wäre deren Handlungsspielraum vergrössert worden und die nötigen Ausgleichsmassnahmen hätten so planerisch und auch finanziell umgesetzt werden können und eine aktive Bodenpolitik wäre möglich gemacht worden. Auch die raumplanerisch wichtigen Sachpläne, welche die Gemeinden verpflichten würden, Regelungen für die überkommunalen Sachbereiche der räumlichen Entwicklung zu erlassen, wurde lediglich mit einer nicht mehr verbindlichen *Kann*- Formulierung ins Gesetz aufgenommen. Dass auch noch die Gewässerabstände verkürzt und weitere Zugeständnisse zu Lasten der Natur und Landschaft vorgenommen wurden, erklärt die Ablehnung durch die SP- Fraktion. Das Baugesetz bietet uns und unserer Umwelt nicht die nötigen Voraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung und muss deshalb abgelehnt werden. Der Aargau verdient ein Baugesetz, das die erkannten Probleme endlich löst und nicht den Investoren und Spekulanten dient. Wir wollen ein Gesetz, das die Zersiedelung stoppt, die Verschandelungen der Landschaft eindämmt oder wo möglich gar rückgängig macht, schädliche Auswirkungen durch den Verkehr reduziert, Flächen, die der Nahrungsproduktion dienen schützt, natürliche Lebensräume verbessert und vermehrt die Nachhaltigkeit als Richtschnur nimmt. Kolleginnen und Kollegen, ich bitte euch, das vorliegende Baugesetz, zu welchem die SP das Referendum ergriffen hat abzulehnen. Denn; wir haben unsere Umwelt nicht von unseren Vätern geerbt, sondern nur von unseren Kindern ausgeliehen. Besten Dank.